

Volkes besteht, den Bürgern erklären, welche Rolle Deutschland in der Welt spielt und spielen soll.

Ohne Zweifel befindet sich Deutschlands Außen- und Europapolitik seit 2008 in einem Umbruchprozess, der sich allerdings in der medialen Aufbereitung einmal mehr in den gewohnten Paradoxien und Ambivalenzen vollzieht. Der Wandel bedeutet keinen radikalen Bruch mit den herkömmlichen Kernprinzipien und Wertvorstellungen deutscher Außenpolitik. Noch immer atmet die Formulierung, Deutschland sei bereit, sich »früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen«, den Geist der Ernüchterung über die Möglichkeiten und Grenzen deutscher Gestaltungsmacht. Vielmehr ist er Ausdruck der notwendigen Anpassung an die Krisenhaftigkeit Europas seit nunmehr fast zehn Jahren. Der zunehmende Druck von außen hat sowohl die EU wie auch Deutschland verändert und zwei grundsätzliche Fragen über die Zukunft Europas aufgeworfen: Ist die Union in der Lage, auf diese Krisen angemessen zu reagieren? Und wer übernimmt in dieser Phase der Unsicherheiten die politische Führung in Europa – und gar darüber hinaus? Anders formuliert: Wie anpassungsfähig ist die Union und wie unvermeidlich eine deutsche Führungsrolle?

Die stereotype Antwort auf diese Fragen lautet vor allem unter Deutschlands Nachbarn und in den USA in aller Regel, dass eine solche Führungsrolle Berlins geradezu zwangsläufig aus dem zentralen geo-ökonomischen Gewicht Deutschlands erwachse (mit einem Anteil von 28 Prozent am BIP der Eurozone), dem Land aber nach wie vor der Wille zur Übernahme politischer Verantwortung im Sinne des »wohlwollenden Hegemons«, der bereit ist, einen überproportionalen Anteil der Kosten für die Stabilisierung der globalen Ordnung zu übernehmen, fehle. Außenpolitik würde demnach unverändert opportunistisch und reaktiv betrieben und sei geprägt von Unberechenbarkeiten und Sprunghaftigkeit, aber eben auch von Eigeninteresse und »Dominanzstreben« im Sinne informel-

ler Machtausübung (Beck: 2013), wie sie Max Weber in seiner Herrschaftssoziologie beschrieben hat.

Abgesehen davon, dass, wenn es um Europa geht, jedes europäische Land seine Interessen verfolgt und unter dem, was die Deutschen in ihrem Idealismus die große »europäischen Idee« nennen, etwas anderes versteht, mag diese Sicht im Ergebnis durchaus plausibel erscheinen. In der Begründung ihres Kausalzusammenhangs aber bleibt sie schwer nachvollziehbar.

Deutschlands häufig geschmähter außenpolitischer Kurs im Allgemeinen und Merkels von »pragmatischer Beliebigkeit« (Streeck: 2012) geprägter Regierungsstil, der vieles im Land grundlegend verändert hat, im Besonderen sind nicht Ausdruck eines plötzlich weniger durch Vorbildfunktion denn durch Hegemonie geprägten Engagements (Maull: 2015). Noch sind sie Ausfluss einer »moralischen Selbstüberschätzung« (Winkler: 2015), gegebenenfalls auch im Alleingang, global das Gute verwirklichen zu können. Vielmehr ist die deutsche Neigung, von einem Extrem (Euronationalismus) ins andere (Willkommenskultur in der Flüchtlingskrise) zu fallen, die Folge des grundsätzlichen Berliner Dilemmas: Gleich, welche Führungsrolle man Deutschland zuschreibt und Erwartungen man an die deutsche Außen- und Europapolitik hat, die politische Stärke Berlins wird nach wie vor mehr als Risiko denn als Chance Europas gesehen und in der Außendarstellung von politischen Gegenspielern wie Karikaturisten gerne auch zu eigenen (Macht-)Zwecken instrumentalisiert. Die Welt projiziert in Deutschland gerne das, was sie will – und das ist oftmals beliebig. So wird das Land, und bisweilen auch deutsche Außenpolitik, wahlweise hochgelobt und kleingeredet, vielen ist es zugleich zu stark und zu schwach. Dies führt selbst hierzulande zu Einschätzungen, Berlin treibe die südlichen Nachbarn mit seiner Austeritätspolitik in den Ruin oder erwarte von den osteuropäischen Mitgliedstaaten, sich das humanitäre Argument zugunsten großzügiger Asylgewährung zu eigen zu machen, obwohl doch deren Gesellschaften jahrzehnte-

lang gegen Einwanderung aus anderen Kulturen abgeschottet waren.

Wer aber besitzt die Deutungshoheit im Ideenstreit über den künftigen Kurs Europas und die Zukunft des Westens? Und warum werden selbst gut gemeinte europäische Beschlüsse von außen als deutsches Diktat und nacktes Eigeninteresse gewertet? Die teilweise groteske Debatte um Deutschlands angebliche hegemoniale Rolle, wie sie vor allem im angelsächsischen Raum, aber auch hierzulande geführt wird, ist wenig zielführend. Das gilt auch für die bisweilen naiven Forderungen nach mehr deutscher Führung in Form von ehrgeizigeren Initiativen für eine bessere Welt – sei es durch aktivere Moderation regionaler Konflikte, entschlossenerer Hilfe bei der Transformation afrikanischer Gesellschaften oder schlicht durch militärisches Mitmachen in der Welt.

In allen Fällen leistet Deutschland längst seinen Beitrag. Und so oder so muss Berlin an die Last der deutschen Geschichte nicht erinnert werden. Daraus aber herzuleiten, dass das starke moralische Bewusstsein Handlungen hervorruft, die andere Effekte haben als intendiert, ist zwar ein bevorzugtes Narrativ, schießt aber über das Ziel hinaus. In der Eurokrise mag der deutsche Finanzminister als unbarmherziger Machtpolitiker wahrgenommen worden sein, weder aber agierte er aus einer Position der moralischen Überlegenheit heraus, noch ließen sich nicht ausreichend ökonomische wie politische Argumente für das am Ende unter maßgeblicher deutscher Federführung geschnürte Kompromisspaket finden. Es gibt nun mal unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das einhellige Ziel eines global wettbewerbsfähigen Europas am besten erreicht werden kann. Ebenso wie es unterschiedliche Vorstellungen auf globaler Ebene darüber gibt, wie der vielleicht zentrale Konflikt dieser Zeit zwischen einem regulierbaren, den Ausgleich mit sozialen Bewegungen suchenden Kapitalismus und einem auf die Selbstregulierung des globalen Kapitals setzenden Markt (Neoliberalismus) gelöst werden kann.

Schließlich mag man Berlin auch in der Flüchtlingskrise zu Recht vorwerfen, die möglichen Folgen dessen, was man sagt und tut, nicht vorab bedacht und berücksichtigt zu haben. Dies ändert aber nichts daran, dass Deutschlands von prominenter Seite als »selbstanmaßend« kritisierte noble Gesinnung den westlichen Werten, auf die unsere Verfassung gegründet ist, entsprach. Kaum ein Land bekennt sich ansonsten so vehement zu den unveräußerlichen Menschenrechten, wie sie in der Grundrechtecharta der EU und der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft sind. Warum also entrüsten sich ausgerechnet diejenigen in diesem Land, die seit Jahren einer wertegeleiteten Außenpolitik das Wort reden, nunmehr über die moralische Selbstanmaßung Berlins in der Flüchtlingskrise? Ist dieses Rollenkonzept also doch nicht mehr als ein theoretisches Konstrukt, das für die politische Praxis nur bedingt einsatztauglich ist?

Ganz abgesehen von solchen Fragen, sei dahingestellt, inwieweit die deutsche Reaktion auf die Flüchtlingskrise nicht auch Reflex auf die zahlreichen Anfeindungen und Kritik am ordoliberalen Diktat aus Berlin war.

Von daher gilt: Deutsche Entscheidungsträger wissen, dass die deutsche Macht keine Allmacht und nicht zuletzt auch Ausdruck der derzeitigen Schwäche der gerade in außen- und sicherheitspolitischen Fragen bislang zentralen Mitgliedstaaten in Europa, Frankreich und Großbritannien ist. Und sie wissen erst recht, wie wenig das Land allein die Koordinaten der Politik jenseits von Europa entscheidend ändern kann. Andererseits spürt man unabhängig des Erwartungsdrucks von außen auch in Berlin, dass den großen Herausforderungen, vor denen Europa steht, in dieser Phase weniger mit Regeln und institutionellen Veränderungen als mit Flexibilität und Improvisation begegnet werden kann. Und dass Ereignispolitik politische Führung auch auf die Gefahr des vorübergehenden Verlusts von Ordnung bedeuten kann.

Die Konsequenz daraus ist, dass Berlins Krisenmanagement

der vergangenen Jahre trotz des grundsätzlichen Machtdilemmas tatsächlich einen Paradigmenwechsel hin zu einer aktiveren Rolle des Landes vollzogen hat. Vorherrschendes Kennzeichen dieses Paradigmenwechsels ist ein Pragmatismus, der sich größerer politischer Verantwortung nicht länger entzieht, der aber gleichzeitig anerkennt, dass Politik im 21. Jahrhundert oft nicht mehr sein kann als chronisches Krisenmanagement. Oder das, was der Philosoph Peter Sloterdijk den Zwang genannt hat, mit immer größerem Aufwand das relativ wenige zu bewirken. Eben diese Erkenntnis hat auch Deutschland bewogen, die großen Visionen über die Reform der Europäischen Union hintenanzustellen. Vielmehr erfordert rasches Krisenmanagement heute auch aus Sicht Berlins die flexible Zusammenarbeit der Staaten, die dazu gewillt sind. So gesehen ist deutsche Europapolitik »französischer« und »britischer« geworden – ohne dabei den Gedanken an die Finalität des europäischen Projekts aufzugeben.

In diesem Sinne entsprach Berlins Pragmatismus eben nicht dem gewohnt verzerrten Bild vom deutschen Machtanspruch in Europa, sondern vielmehr der Einsicht, dass die den Kontinent bedrohenden zahlreichen Krisen nur gemeinschaftlich gelöst werden können – faktisch sowie als Konsequenz des deutschen Machtproblems als Kontinuum des 20. Jahrhunderts. Unabhängig davon, dass Deutschland seit 2010 unfreiwillig zur zentralen Macht in Europa aufgestiegen ist, handelte Berlin in den drei großen Krisen (Euro-Schulden-, Ukraine- und Flüchtlingskrise), mit Ausnahme im letzten Fall, nie im Alleingang, sondern am Ende immer in Zusammenarbeit mit seinen Bündnispartnern und anderen Institutionen – allerdings in wechselnden ad-hoc-Konstellationen, abhängig vom Grad des Widerstands und der Unterstützung der jeweiligen Rolle Berlins.

So stieß diese auf überwiegend positive Resonanz in multilateralen Foren wie dem »Weimarer Dreieck« oder dem »Normandy-Format«, während sie im Falle der Eurokrise fragwür-